

Presseinfo vom 01.09.2010

Mehr als ein Fünftel aller Lehrstellen in Bayern bleiben unbesetzt

Ausbildungszahlen zum 1. September:

Den bayerischen Handwerkskammern lagen bis 31. Juli 2010 14.152 neue Lehrverträge vor. Das sind 7,1 Prozent mehr als zum Vorjahreszeitpunkt. Bis Ende Dezember werden zirka 31.600 Lehrverträge für 2010 erwartet. Die IHKs verzeichnen ein Plus von 2,6 Prozent und rechnen bis Jahresende mit rund 54.400 neuen Lehrverträgen. Die Bayerische Metall- und Elektroindustrie wird voraussichtlich 1,5 Prozent mehr Lehrverträge verzeichnen. Zusammen ergibt das für IHK und HWK rund 86.000 neue Lehrverträge für 2010. Rund 75 bis 80 Prozent der Lehrverträge beginnen erwartungsgemäß am 1. September als „Regeltermin“. Handwerk und IHK stellen zusammen etwa 87 Prozent aller Ausbildungsstellen im dualen System. Auf dieser Grundlage dürften rund 76.000 Menschen am 1. September in Bayern mit der dualen Ausbildung beginnen.

Unbesetzte Lehrstellen Bayern:

Laut HKW sind 2009 rund 8.100 Stellen unbesetzt gewesen (= 22 Prozent des Angebots). Erwartet wird für alle Wirtschaftsbereiche eine Zunahme an unbesetzten Stellen – die Regionaldirektion Bayern gibt 11,2 Prozent mehr unbesetzte Stellen im Vergleich zum Vorjahr an (Stand 31. Juli 2010).

Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft vbw (Brossardt) gibt an, dass in Deutschland auf 100 Bewerber rechnerisch 83 Lehrstellen kommen. In Bayern hingegen kommen auf 100 Bewerber 97 Lehrstellen. Jeder vierte Metall- und Elektrobetrieb in Bayern kann nicht alle Lehrstellen besetzen.

Gründe für den Ausbildungsmangel:

- Demographische Entwicklung: Diese wird sich verschärfen. Bis 2030 prognostiziert das Bundesamt für Statistik für Deutschland einen Rückgang des Arbeitskräftepotenzials um sechs Millionen wegen der Geburtenrückgänge.
- Mangelnde Ausbildungsfähigkeit: Es fehlt den Bewerbern an mathematischen, sprachlichen und sozialen Kompetenzen.
- Interesse der Bewerber: Der mathematische Vergleich von Bewerbern und Angebot täuscht, denn die Bewerber interessieren sich oft nicht für die ausgeschriebenen Stellen.
- Fehlende Flexibilität: Die Bereitschaft von Bewerbern, auch einen Umzug zur Ausbildung in Kauf zu nehmen, ist zu gering.

Fachkräftemangel Deutschland:

Als Folge des sich andeutenden Ausbildungsmangels wird sich der bereits bestehende Fachkräftemangel in Deutschland noch erheblich verschärfen. Eine Umfrage des DIHK ergab: 70 Prozent aller Firmen haben Probleme, offene Stellen zu besetzen. Die Probleme betreffen nicht nur Akademiker, auch wenn gerade in den Bereichen Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften und Technik zahlreiche Fachkräfte fehlen. Die Hälfte der Unternehmen hat selbst Schwierigkeiten, Meister oder Fachwirte zu finden.

Mögliche Folgen des Fachkräftemangels:

- Stellen können nicht mehr besetzt werden → Hemmung des Wachstums, da eine Ausweitung der Arbeit nicht mehr zu leisten ist;
- Bewerber werden immer mehr umworben → positiv für Bewerber, die in bessere Verhandlungsposition geraten. Negativ für Unternehmen, die sich immer bessere Anreize überlegen müssen, um zu guten Mitarbeitern zu kommen. Dies können große Unternehmen in prominenten Branchen besser leisten (höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Chance auf Anschlussanstellung, soziale Leistungen etc.);
- Die Anstrengungen, die Unternehmen durchführen müssen, um an gute Bewerber zu kommen, werden nicht zum Nulltarif zu haben sein. Die zusätzlichen Kosten können kleinere Betriebe nicht ohne weiteres schultern → Konzentrationstendenzen, die gerade kleinen Unternehmen schaden;
- Die zusätzlichen Kostenanstrengungen werden bei Dienstleistungen und Produkten ggf. auch an die Endkunden weitergegeben. Dies könnte zu Preissteigerungen dieser Güter führen;
- Die Konkurrenzsituation gegenüber dem Ausland wird sich verschlechtern. In anderen Ländern herrscht eine höhere Affinität gegenüber technischen Berufen. Der Fachkräftemangel schadet der exportorientierten Wirtschaft;

Diskutierte Lösungsvorschläge:

Die Problematik des Fachkräftemangels kann nur im Zusammenspiel von allen beteiligten Akteuren, insbesondere von Politik und Wirtschaft, gemeistert werden. Den demographischen Faktor des Geburtenrückgangs wird man kaum mehr beeinflussen können. Darauf basieren unsere Vorschläge:

- Erhöhung der Flexibilität von Auszubildenden, u.a. auch durch eine Umgestaltung des dualen Systems hin zu einer soliden Grundausbildung, die ggf. auch den Wechsel in andere Berufe erleichtert;
- Abbrecherquoten reduzieren: Jugendliche müssen motiviert werden, ihre Ausbildung abzuschließen. Dies kann durch attraktive und individuelle Lernangebote gewährleistet werden;
- Nachqualifizierung von nicht ausbildungsfähigen Jugendlichen (Verweis auf die Projekte von Frau Fiedler). Die Integration von benachteiligten Personen, die oft einen Migrationshintergrund haben, ist nicht nur soziale Aufgabe, sondern wirtschaftliche Notwendigkeit;
- Bessere Vorbereitung der Schulabgänger durch moderne Schulausbildung, die eng mit der wirtschaftlichen Praxis zusammenarbeitet (Interesse der Schüler bereits in der Schule wecken). Die Grundlagen in Mathematik, Deutsch und sozialen Umgangsformen müssen vermittelt werden;
- Intensivere Ansprache von Abiturienten aus dem doppelten Abiturjahrgang.
- Zuwanderung von gut qualifizierten Facharbeitern;
- Besonderes Engagement der Wirtschaft, attraktive Angebote für Auszubildende zu schaffen. Dass Unternehmen hierzu bereit sind, hat u.a. das Engagement bei der Kurzarbeit gezeigt;
- Vermittelnde Rolle der Kammern und Agenturen, die gezielt aufzeigen sollen, in welchen Regionen Bayerns Ausbildungsstellen zu haben sind. Die laufenden Werbekampagnen (z.B. des Deutschen Handwerks) sind hierbei lobend hervorzuheben;

- Kampagnen auf bisher vernachlässigte Gruppen ausweiten. Gerade Mädchen und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen auch für technische Berufe begeistert werden. Werben der Politik für die Ausbildung in zukunftsträchtigen Berufen;
- Mehr Aufgeschlossenheit der Unternehmen gegenüber älteren Arbeitnehmern (21,5 Prozent der 60- bis 64-Jährigen haben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung);
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert Müttern den beruflichen Wiedereinstieg;
- Fortführung und Verstärkung der Förderung von Weiter- und Umbildungsmaßnahmen, um den Arbeitsmarkt flexibel zu halten;
- Förderung und Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement. Freiwilligenprojekte, die als Mentoren für Jugendliche beim Berufseinstieg auftreten. Hier ist auch die Erfahrung der älteren Generation nützlich;

Zusammenfassung der zentralen politischen Forderungen der Freien Wähler zur Verbesserung der Ausbildungssituation:

- Die Qualität der schulischen Bildung muss verbessert werden, um die Ausbildungsfähigkeit der Bewerber zu erhöhen
- Beratung als zentrales Element der Lehrstellenvermittlung, um einer Zunahme der Ausbildungsabbrecher effektiv entgegen zu wirken
- Förderung von ehrenamtlichen Ausbildungsberatern mit praktischem Erfahrungshintergrund
- Stärkung der Berufsschulen mit dem Ziel der Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de